

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung



Die unbefangene eingehende Redaktion übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Hof-Redakteur Theodor Wolff in Berlin
Druck und Verlag von Rudolf Möller in Berlin.

63 feindliche Flugzeuge im Westen seit 1. 10. vernichtet

Amstich. Großes Hauptquartier, 28. Januar.
Westlicher Kriegsschauplatz.

In dem Frontabschnitt von Reuville wurden Handgranatenangriffe der Franzosen unter großen Verlusten für sie abgeschlagen. Einer unserer Sprengtrichter ist in der Hand des Feindes geblieben. Die Beute vom 26. Januar hat sich um vier Maschinengewehre und 2 Schwebemaschinen erhöht.
Wichtige Beschießung von Ortschaften hinter unserer Front durch die Franzosen beantworteten wir mit Feuer auf Reims.
Bei Höhe 285 nordöstlich von La Chalade besetzten unsere Truppen nach Kampf einen vom Feinde gesprengten Ort.
Ueber einen nördlichen feindlichen Luftangriff auf die kleine Stadt Freiburg liegen abschließende Meldungen noch nicht vor.
Im englischen Unterhause sind über die Ergebnisse der neuesten Angaben gemacht worden, die am besten mit den folgenden Zusammenstellung unserer und der feindlichen Verluste an Flugzeugen beantwortet werden: Seit unserer Veröffentlichung vom 6. Oktober 1915, also in dem

Zeitraum seit dem 1. Oktober 1915, sind an deutschen Flugzeugen an der Westfront verloren gegangen:

Im Luftkampf	7
durch Abschuss von der Erde	8
vernichtet	1
im ganzen	16
Unsere westlichen Gegner verloren in dieser Zeit:	
Im Luftkampf	41
durch Abschuss von der Erde	11
durch unrichtige Landung innerhalb unserer Linien	11
im ganzen	63

Es handelt sich dabei nur um die von uns mit Sicherheit festzustellenden Zahlen der in unsere Hand gefallenen feindlichen Flugzeuge.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Weiterleis von Widry (südlich von Dünaburg), sowie zwischen Stochod und Strz fanden kleinere Gefechte statt, bei denen wir Gefangene machten und Material erbeuteten.

Balkankriegsschauplatz.

Nichts Neues.
Oberste Secretdienung. (M. T. B.)

Feindliche Flieger über Freiburg.

Freiburg (Breisgau), 28. Januar. (M. T. B.)
Gestern Abend nach zehn Uhr waren zwei feindliche Flieger über der Stadt fünf Bomben ab, die nur Materialschaden verursachten und Personen nicht töteten. Das Abwehrfeuer war aus Anlaß des vorerwähnten Abends nicht nötig. Das Publikum blieb ruhig im Haus, bis die Gefahr vorüber war.

Zur Ablehnung des Blutdeantrages.

(Telegramm unseres Korrespondenten)
Rotterdam, 27. Januar.
Die Verschiebung der Debatte über den Blutdeantrag ist ein Beweis für die ultraconservative Gruppe anzusehen, die die Einfuhr nach Deutschland über neutrale Länder als Hebel gegen nachdrücklich das England zwar das Recht habe, den Handel zu unterbinden, daß jedoch eine Verletzung der Neutralität die gerechteste Blodade dazu nicht das beste Mittel sei. „Wir können“, sagte er, „das englische Verbot nicht zum Hals einer Glöckle machen, durch den der ganze Handel behindert werden muß. Sollen wir so geistlos, so wäre der Krieg schon längst dadurch beendet, daß die ganze Welt sich gegen England erhoben hätte.“ Wie groß die Klage der Regierungsgegner ist, geht aus dem Vortragsbuch hervor, in dem gesagt wird, daß der Regierungsvorschlag, gerechteste Blodade anzufordern, viele Freunde Englands in sich und auch die Regierung Wilsons enttäuschen dürfte. Gegen ebenso gut wie vor einiger Zeit Vandome zugehen müssen, daß alle Versuche der Regierung, zu verhindern, daß erhebliche Vorteile durch die neutralen Länder Deutschland erzielten. Lord Devonports Behauptungen hätten eine befriedigende Antwort erfordert, als darauf gegeben wurde. Lord Devonport geht in der Oberhaus wegen der Schiffsfragen von 13 angefragt, die in niederländischen Häfen ankommen. Dort fragte, welche Vorkehrungen getroffen worden seien, um zu verhindern, daß dieses Erz der Feinde erhalte. Er sei davon überzeugt, daß es nach Deutschland gegangen sei, und erklärte, daß die von den Behörden vom März nichts getan hätten, um diesen zu verhindern. Der Herzog von Devonshire antwortete, daß er sich gegen nach dem Vorkriegsstand innerhalb der den Behörden nicht aufgehalten werden können. Alle Vorkehrungen seien getroffen. Welcher Art diese seien, mußte ihm nicht bekannt sein.

Englische Arbeiterkongress gegen die Wehrpflicht.

(Telegramm unseres Korrespondenten)
Rotterdam, 28. Januar.
Der meldet: Der in Westfriesland tagende Kongress der englischen Arbeiter hat die Resolution, daß der Kongress beschließen, für die Aufhebung des Wehrgesetzes einzutreten, mit 649 000 614 000 Stimmen abgelehnt. Der Kongress ist also nicht bereit, unter Hinweis auf seine Nichtbilligung des Prinzip der Wehrpflicht es bei der gegenwärtigen Lage beruhen zu lassen. Wie ein Mitarbeiter sagte, daß er, obwohl Gegner der Zwangs-

aushebung, die zeitliche Wehrpflicht als Zweckmäßigkeitmaßnahme unterstütze, schien die große Mehrheit diesen Standpunkt zu teilen.
Vorher wurde eine Resolution gegen die Dienstpflicht mit 1 706 000 gegen 219 000 Stimmen angenommen. Man kann unmöglich sagen, was die Folge dieser Abstimmung sein wird, die mit dem Geist der gestrigen angenommenen Resolution wenig übereinstimmt, aber den Rücktritt der drei Arbeitsminister Henderson, Roberts und Bruce zur Folge haben und nach der Ansicht einiger Kreise zu allgemeinen Wahlen führen kann, deren Ergebnis eine übermäßige Mehrheit zugunsten der militärischen Maßregeln der Regierung sein würde.

Schluß der englischen Parlamentssession. Die Throneide.

(Telegramm unseres Korrespondenten)
Rotterdam, 28. Januar.
Die Parlamentssession wurde geschlossen. In der Throneide wird gesagt: „Achtzehn Monate lang haben meine Flotte und meine Armee zusammen mit den tapferen Verbündeten Englands im Kampf um die gemeinsame Freiheit und das öffentliche Recht Europas gegen die unmotivierten Angriffe des Feindes. Ich unterstütze die Entschlossenheit meines Volkes dasin und über See, unsere Flagge zum schließlichen entscheidenden Siege zu führen. Ich danke Ihnen für die willige Freigebigkeit, mit der Sie für die schweren Anforderungen des Krieges Vorzüge getroffen haben. In diesem Kampfe, der uns ausgezogen wurde von jenen, welche die Freiheit und Verträge, die wir heilig hatten, leicht nehmen. Wir werden unsere Waffen nicht niederlegen, bis wir der Sache, die die Zukunft und Zivilisation auf ihrer Seite hat, zum Triumph verholfen haben. Ich verlasse mich voller Vertrauen auf die loyalen vereinigten Anstrengungen aller meiner Untertanen, die mich niemals im Stich gelassen haben. Ich bete, daß der allmächtige Gott uns seinen Segen gebe.“

Bevorstehender Rücktritt des Kabinetts Brasianu?

(Telegramm unseres Korrespondenten)
w. Czernowitz, 28. Januar.
Das „Czernowitzer Tagblatt“ erzählt: Das rumänische Kabinett befindet sich infolge weitgehender Differenzen zwischen den einzelnen Kabinettsmitgliedern im Krisenstadium. Das Kabinett Brasianu gilt als erschüttert. Die Demission Brasianus wird für die nächste Zeit erwartet. Vor der Bildung des neuen Kabinetts ist eine Entscheidung Rumäniens über dessen Haltung in der äußeren Politik nicht zu erwarten.

Die Kämpfe am Tigris.

(Telegramm unseres Korrespondenten)
Rotterdam, 28. Januar.
General Nalmer meldet, die Lage der Truppen, die auf dem Tigris entsandt worden, ist unverbändert. Das englische Pressebüro meldet, aus späteren Nachrichten geht hervor, daß die jüngsten Tigriskämpfe nicht wie zuerst gemeldet 7, sondern 23 Meilen östlich von Kut-el-Amara stattfanden. Der Fehler liege auf ein Mißverständnis im indischen Departement zurückzuführen.

Der amerikanische Kongress.

Die Senatsdebatte über die Secreisen der amerikanischen Bürger und über ein Ausfuhrverbot auf Munitionslieferungen.
(Von unserem Korrespondenten)

Washington, im Januar.
In einem New-Yorker Abendblatt fand sich dieser Tage in grellen Lettern die Ueberschrift: „Politicians“ verkaufen die Rechte der Vereinigten Staaten zu verküßern.“ Mit „Politicians“ waren die Mitglieder des amerikanischen Senats gemeint, die nach ihrem Wiederzukommen in diesem Jahre einen vorläufigen Meinungsaustausch über die beiden Fragen der auswärtigen Politik vorgenommen hatten, mit welchen sich der amerikanische Kongress in nächster Zukunft noch wiederholt zu befassen gedenkt. Es sind erstens die Frage einer Verständigung mit den Mittelmächten über die Führung des Unterseefriegs und zweitens die Frage eines Ausfuhrverbots für die Munitionslieferungen an die Ententemächte, sofern Großbritannien und seine Verbündeten sich nicht zu Zugeständnissen im Sinne der amerikanischen Note an England vom Oktober vergangenen Jahres herbeilassen sollten. Der Meinungsaustausch im Senat ist nicht nach den Wünschen der New-Yorker Tagespresse verlaufen. In der Senatsdebatte deutet sich manches Neue an, was unter Umständen in nächster Zukunft greifbarere Gestalt annehmen könnte.
Der Meinungsaustausch im Senat knüpfte sich an die Verlesung eines Artikels der „Washington Post“ durch Senator Jones, einen der beiden Vertreter des Staates Washington. Die „Washington Post“ hatte ausgeführt, daß, selbst wenn die Regierung das Recht amerikanischer Bürger, auf Passagierdampfern jeder Nationalität und in allen Gewässern zu reisen, aufrecht erhalten wolle, dieses Recht doch seitens der amerikanischen Bürger nur mit Vorbehalt benutzt werden dürfe. „Der Amerikaner“, so führte die „Washington Post“ weiter aus, „der ungeachtet aller Warnungen, ausdrücklich und rückhaltlos auf seinem Recht besteht, auf einem einer kriegführenden Nation gehörigen Schiff zu reisen, obwohl er das vermeiden könnte, könnte sein eigenes Land in den Krieg verwickeln. Das ist weder gesunder Menschenverstand noch Vaterlandsliebe, es ist reine Prahlerei und Egoismus. Der Mann, der so wenig Rücksicht auf sein Vaterland nimmt, hat wenig Anlaß, den Schutz seines Vaterlandes in Anspruch zu nehmen. So manche dumme und unbedachte Fragen drängen sich um den Unterseefrieg, so daß die Regierung der Vereinigten Staaten ernstlich behindert ist in ihren Anstrengungen, ihren Bürgern in der europäischen Kriegsszone Schutz zu gewähren. Flaglos verläßt ein Handelsdampfer seinen Charakter als Nichtkämpfer, wenn es sich bewaffnet und der Beschlagnahme überläßt. Nichtsdestoweniger fahren Handelsdampfer demnach und haben in vielen Fällen den Versuch gemacht, entweder zu entfliehen oder das angreifende Tauchboot zu rammen. Gewöhnlich ist es schwierig, die Tatsachen festzustellen, und die Beteiligten widersprechen sich. Gehehen Leben von Amerikanern verloren, so erhebt sich auf Seiten hitziger Individuen das Verlangen nach drastischem Eingreifen, was immer auch der wirkliche Sachverhalt sein mag. Stets ist die Gefahr vorhanden, daß die Vereinigten Staaten ohne genügende Rechtfertigung in den Krieg hineingezogen werden. Wenn diese große Nation das Schwert ziehen muß, so sollte das nur aus Gründen geschehen, die zwingend eine solche Handlung verlangen. Nur auf Grund eines festgestellten Tatbestands, der in übermächtiger Weise den Krieg rechtfertigt und erfordert, sollten die Vereinigten Staaten in den Wirbel stürzen, der Europa verhängen hat. Zeitigheit ist notwendig. Ruhe bei dem Suchen nach dem wahren Sachverhalt, Vorbehalt bei der Feststellung der Tatsachen. Krieg ist das letzte Auskunftsmitel gegen ein verzweifelteltes Uebel, und unsere Nation befindet sich nicht in einer solchen Zwangslage, daß sie das Blut ihrer Bürger in einer zweifelhaften Sache vergießen muß. Sie hat ein Recht, zu erwarten, daß ihre Bürger große Vorbehalt üben und ihr Teil dazu beitragen, jeden Anlaß zum Krieg zu vermeiden. Das Recht der Nation, einen Krieg, der nicht notwendig ist, zu vermeiden, besteht sicherlich den Vorrang vor dem Recht ihrer Bürger, auf Schiffen der Kriegführenden zu reisen.“
Senator Jones bemerkte zu diesem Artikel der „Washington Post“, daß seine Lesart wohlklingend sei in einer Zeit, in der so manche amerikanische Zeitungen ein hartnäckiges und dreistiges Eingreifen der Regierung verlangten, weil angeblichen amerikanischen Bürgern, die durchaus auf Schiffen der Kriegführenden in gefährlichen Gewässern zu reisen begehren, ein Anfall zugestoßen sei. „Ein amerikanischer Bürger“, so meinte Senator Jones, „der angesichts der entsetzlichen Katastrophe, die gegenwärtig die halbe zivilisierte Welt bedroht, darauf besteht, zu seinem Vergnügen den Vorteil in der Gefahrzone und auf einem Schiff der Kriegführenden zu reisen, zeigt, daß ihm jede Vaterlandsliebe fehlt ebenso wie jede Rücksicht auf die Pflichten der Menschlichkeit. Er besitzt keinen Anspruch auf irgendwelche Rücksichtnahme, und wenn sein Vaterland um seinerwillen in den Krieg verwickelt werden sollte, so würde das ein solches Verbrechen gegen die Menschlichkeit bedeuten.“
Der Präsident“, so schloß Senator Jones seine für die Anschauungen des amerikanischen Westens sehr bezeichnenden